



Nr. 30

3. September 2015

## Inhalt

[Meinungsaustausch mit dem Bundesfinanzminister+++](#)  
[Mehr Zeit für die Familie – Flexible Arbeitsbedingungen  
gefordert+++](#)  
[TTIP: Keine Totalverweigerung, aber Garantien+++](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[dbb saar zur Flüchtlingskrise: Gesprächsbedarf beim  
Stellenabbau+++](#)  
[tbb zu Besoldungsanpassung: Gleichklang grundlos  
aufgegeben+++](#)  
[dbb hamburg: Mahnwache gegen erhöhten Eigenanteil an  
Zusatzversorgung+++](#)  
[Verdoppelung der Flüchtlingszahlen: VBOB fordert  
Gesetzesänderungen+++](#)  
[GDL schließt Schell und weitere ehemalige Amtsinhaber aus+++](#)  
[DPoIG Bundespolizeigewerkschaft: Wann endlich wird  
die Bundespolizei unterstützt?+++](#)  
[BDF: Forstwirtschaft ist kein „Verweigerer“ in Sachen  
Naturschutz+++](#)

## [Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

## Meinungsaustausch mit dem Bundesfinanzminister

**(dbb) Mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und Staatssekretär Johannes Geismann haben sich der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt und sein Stellvertreter und DSTG-Bundesvorsitzender Thomas Eigenthaler am 28. August 2015 zu einem Gedankenaustausch im Finanzministerium in Berlin getroffen. Die Palette der Themen reichte von den personellen und finanziellen Herausforderungen an den öffentlichen Dienst im Zusammenhang mit der Flüchtlings- und Asylproblematik über die Einkommensentwicklung und steuerliche Fragen des öffentlichen Dienstes bis hin zu europäischen und internationalen Entwicklungen.**

Die dbb-Vertreter unterstrichen die hohe Motivation der Beschäftigten in vielen Sektoren, die derzeit besonders gefordert sind, und betonten, dass zeitnah Anerkennung und Entlastung

kommen müssten, um diese Einstellung und den Einsatz aufrecht zu erhalten.  
(01/30/15)

## Mehr Zeit für die Familie – Flexible Arbeitsbedingungen gefordert

**(dbb) „Familien wünschen sich mehr gemeinsame Zeit. Das bedeutet, wir brauchen flexible Arbeitsbedingungen, um die Vereinbarkeit von Familie und Karriere im Beruf zu verbessern.“ Das sagte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am 31. August 2015 in Berlin mit Blick auf die Studie „Zeitverwendung in Deutschland 2012/2013“, die das Bundesfamilienministerium gemeinsam mit dem Statistischen Bundesamt veröffentlicht hat.**

32 Prozent der Väter und 19 Prozent der Mütter bemängelten demnach, nicht ausreichend Zeit für ihre Kinder zu haben. Nahezu 80 Prozent der Väter möchten sich intensiver um ihre Kinder kümmern und hätten dafür gern mehr Zeit zur Verfügung.

Wie weiter aus der Studie hervorgeht, ist im Vergleich zu den Jahren 2001/2002 die Stundenzahl bei Männern und Frauen in Bezug auf die Erwerbstätigkeit gestiegen. Gleichzeitig haben aber Mütter und Väter auch mehr Zeit darauf verwendet, sich um Kinder zu kümmern und aktiv mit ihnen zu beschäftigen. Erwerbstätige Mütter verbrachten dabei ähnlich viel Zeit mit Aktivitäten wie Vorlesen oder Gesprä-

chen mit den Kindern wie nicht erwerbstätige Mütter.

Wildfeuer verwies darauf, dass insbesondere Eltern, die in Vollzeit arbeiten, laut Studienergebnis gern ihre Stundenzahl etwas senken wollen, Mütter mit geringer Arbeitszeit jedoch gern mehr arbeiten möchten: „Aus Sicht der dbb bundesfrauenvertretung ist die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Karriere nach wie vor die zentrale Voraussetzung für eine geschlechtergerechte Gesellschaft. Bislang müssen junge Eltern sehr viel Kraft und Nerven einsetzen, wenn sie alles unter einen Hut bringen wollen.“  
(02/30/15)

## TTIP: Keine Totalverweigerung, aber Garantien

**(dbb) Das transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) beunruhigt viele Bürgerinnen und Bürger. Für den 10. Oktober 2015 ruft der DGB gemeinsam mit Sozial- und Umweltverbänden zu einer Großdemonstration in Berlin gegen TTIP auf. Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Chef der komba gewerkschaft, Ulrich Silberbach, sieht hingegen keinen Anlass für eine kategorische Ablehnung des Abkommens, fordert aber Garantien von der Bundesregierung. „Die Bundesregierung muss verbindlich erklären, welche Grenzen sie im Sinne des Gemeinwohls für Marktöffnung und Deregulierung setzt“, forderte Silberbach am 28. August 2015 in Berlin.**

„Ich halte nichts von einer Totalverweigerung, denn unsere Wirtschaft profitiert von freiem und fairem Handel; Protektionismus schadet Deutschland und Europa“, so der dbb Vize. Ein Freihandelsabkommen, das positive Beschäftigungs- und Wachstumskräfte entfalte, nutze auch den Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes. „Wächst die Wirtschaft, hat der Staat Einnahmen, die er braucht, um seine Aufgaben zu finanzieren. Deshalb wäre es irrational, wenn wir als Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes den Freihandel von vorneherein verteufelten.“ Er habe Verständnis für die Sorgen der Demonstranten, spreche sich aber für einen differenzierten Umgang mit dem Thema aus.

Silberbach zog klare Grenzen für das TTIP-Abkommen: „Der dbb hat immer gesagt, dass TTIP keine negativen Wirkungen auf Sozial- und Umweltstandards haben darf. TTIP darf auch nicht zu neuen Privatisierungen führen.“ Letzteres gelte nicht nur für hoheitliche Aufgaben, sondern für die gesamte Daseinsvorsorge. „Die Bundesregierung hat über den Rat Einfluss auf die Frage, wie das Abkommen schlussendlich aussieht. Außerdem muss auch der Bundestag dem Ergebnis zustimmen. Wir wollen nicht einfach Nein sagen zu TTIP. Wir erwarten aber eine klare Ansage unserer Regierung“.  
(03/30/15)

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

### **dbb saar zur Flüchtlingskrise: Gesprächsbedarf beim Stellenabbau**

**(dbb) Mit Blick auf den Flüchtlingsstrom nach Deutschland sieht der dbb saar Gesprächsbedarf mit der Landesregierung. Unter diesem Aspekt, aber auch vor dem Hintergrund der Veränderungen durch demografische Entwicklung und Schülerzahlen müsse noch einmal im Rahmen der Gespräche „Zukunftssichere Landesverwaltung“ über den vorgegebenen Abbau von 2.400 Stellen und die Fortschreibung einer Personalentwicklungsplanung bis 2020 gesprochen werden, erklärte der Landesvorsitzende des dbb saar, Ewald Linn, am 31. August 2015.**

Bis zu 800.000 Menschen suchen allein 2015 Zuflucht in Deutschland. Zahlreiche EU-Staaten nehmen keine oder zu wenige Flüchtlinge auf. Einzelne Staaten leiten Flüchtlingsströme unregistriert weiter. Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hatte vor einer Belastungsprobe für die Europäische Union gewarnt

und unzureichende Unterstützung für die Verwaltung kritisiert. Nach Schätzung des dbb fehlen angesichts der drastisch steigenden Asylbewerberzahlen dem öffentlichen Dienst in Deutschland mehr als 10.000 Stellen.  
(04/30/15)

### **tbb zu Besoldungsanpassung: Gleichklang grundlos aufgegeben**

**(dbb) Rückwirkend zum 1. März 2015 sind in Thüringen die Gehälter der Angestellten im öffentlichen Dienst gestiegen, rückwirkend zum 1. Januar 2015 auch die Diäten der Abgeordneten des Thüringer Landtages. Die Besoldungsanpassung für die Thüringer Landes- und Kommunalbeamten wird dagegen voraussichtlich erst ab Dezember kommen, dann rückwirkend zum 1. September dieses Jahres.**

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf ist eine Anhebung der Bezüge zum 1. September 2015 um 1,9 sowie zum 1. September 2016 um weitere 2,1 Prozent, mindestens aber 75 Euro, vorgesehen. Das bedeutet eine wirkungsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses, da die dort vereinbarten Anpassungen systemgerecht

zum weiteren Aufbau der Versorgungsrücklage um 0,2 Prozent gemindert werden.

Für den Thüringer Beamtenbund tbb sei nach wie vor inakzeptabel, dass der bewährte Gleichklang der Statusgruppen durch die beabsichtigte sechsmonatige Verschiebung der

Anpassungen von Besoldung und Versorgung in den Jahren 2015 und 2016 zu Lasten der Beamtinnen und Beamten ohne Grund aufgegeben wird. „Dies stellt eine einseitige Benach-

teiligung einer Beschäftigtengruppe dar, die nicht zu rechtfertigen ist“, erklärte der tbb am 1. September 2015.  
(05/30/15)

## dbb hamburg: Mahnwache gegen erhöhten Eigenanteil an Zusatzversorgung

**(dbb) „Hände weg von der Zusatzversorgung!“ Das hat der dbb hamburg am 25. August 2015 gefordert und in Erwartung der Anreise der Senatsmitglieder zur turnusgemäßen Senatssitzung eine Mahnwache an der Zufahrt zum Hamburger Rathaus abgehalten. In der Sitzung sollte über die laut dbb hamburg „völlig unnötige“ Erhöhung der Eigenbeteiligung für die Tarifbeschäftigten abgestimmt werden.**

Der dbb hamburg nutzte die Gelegenheit, um mit den anreisenden Senatorinnen und Senatoren nochmals ins Gespräch zu kommen und ihnen die gewerkschaftlichen Argumente gegen die Erhöhung des Eigenanteils zur Zusatzversorgung zu erläutern. Dennoch beschloss

der Senat die einseitige Erhöhung des Eigenanteils zur Zusatzversorgung. Der dbb hamburg erklärte, die Mitglieder seien enttäuscht. Die Folgen werde der Senat zu tragen haben.  
(06/30/15)

## Verdoppelung der Flüchtlingszahlen: VBOB fordert Gesetzesänderungen

**(dbb) Die Verdoppelung der Flüchtlingszahlen in Deutschland auf vorerst geschätzte 800.000 in diesem Jahr führt bei mit Asylverfahren Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu Belastungen in nicht vertretbarem Ausmaß. Das erklärte Hartwig Schmitt-Königsberg, Bundesvorsitzender des Verbandes der obersten und oberen Bundesbehörden (VBOB), am 31. August 2015. Der VBOB fordere durchgreifende gesetzliche Verfahrensänderungen und eine gesamteuropäische Politik im Umgang mit Asylsuchenden und Flüchtlingen. Sonst drohe das System zu kollabieren.**

Obwohl der VBOB die Mobilisierung weiteren Personals - darunter auch von Beamtinnen und Beamten im Ruhestand auf freiwilliger Basis - grundsätzlich begrüßt, seien die mit dem enormen Anstieg von Asylbewerberzahlen verbundenen Verfahren so nicht mehr zu bewältigen, stellte Schmitt-Königsberg fest. Daher unterstütze er Anregungen von Manfred Schmidt, dem Präsidenten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), in mehreren Städten neue Entscheidungszentren einzurichten. Der bisher zugesagte Personalzuwachs im BAMF von je 1.000 Stellen in diesem und im nächsten Jahr sei notwendig, reiche aber nicht aus. Die auf diese Weise gewonnenen Bearbeitungskapazitäten würden durch die dynamisch steigenden Fallzahlen wieder relativiert.

Der VBOB-Chef wies darauf hin, dass die große Zahl von Flüchtlingen nicht nur ein quantitatives Problem darstelle. „Die mit Asylverfahren beschäftigten Kolleginnen und Kollegen treffen mit zum Teil schwer traumatisierten Menschen

aus Kriegsgebieten zusammen, hinter denen eine Odyssee liegt, die sich in ihren Ausmaßen unseren Vorstellungen entzieht. Neben der Organisation der Asylverfahren werden unsere Beschäftigten auch mit menschlichen Schicksalen, großen Hoffnungen und Enttäuschungen konfrontiert, die sie auch abends mit nach Hause nehmen. Das ist etwas anderes, als beispielsweise die Bearbeitung von Reisepässen.“

Neben Gesetzesänderungen seien auch weitere organisatorische Maßnahmen nötig, die zu einer spürbaren Verkürzung der Bearbeitungszeiten führen. Dazu zähle die Erweiterung der Liste sicherer Herkunftsländer um weitere Balkanstaaten, der beschleunigte Ausbau von menschenwürdigen Erstaufnahmeeinrichtungen sowie eine schnelle und konsequente Umsetzung von Ausreiseverpflichtungen für rechtswirksam abgelehnte Asylbewerber, so Schmitt-Königsberg.  
(07/30/15)

## GDL schließt Schell und weitere ehemalige Amtsinhaber aus

**(dbb) Aufgrund offener Mitgliedsbeiträge und wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens hat der geschäftsführende Vorstand der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) gemäß Satzung den Ausschluss von Manfred Schell, Sven Grünwoldt und Thorsten Weske zum 1. September 2015 beschlossen.**

„Nicht gezahlte Beiträge in zum Teil fünfstelligen Bereich haben uns keine andere Wahl gelassen, als diesen Schritt zu vollziehen“, erklärte der stellvertretende GDL-Bundesvorsitzende Norbert Quitter am 31. August 2015. „Die Satzung der GDL ist eindeutig. Wer trotz mehrfacher Aufforderung seinen Beitragszahlungen nicht nachkommt, hat keinen Anspruch auf Mitgliedschaft. Dies gilt für jeden, ohne Ansehen der Person.“

Alle Versuche der GDL, die nach Satzung, Beitrags- und Sonderbeitragsordnung festgelegten Summen einzutreiben, seien bislang erfolglos geblieben. Die GDL habe mittlerweile Gerichtsverfahren zur Beibringung der offenen Beträge eingeleitet. „Die Mitgliedsbeiträge sind satzungsgemäß zu entrichten und das gilt für alle unsere Mitglieder“ so Quitter. „Wir behandeln alle Mitglieder gleich, deshalb können und wollen hier keine Ausnahme machen. Bei der GDL gibt es keinen Prominentenbonus.“

Wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens hat der geschäftsführende Vorstand auch den Ausschluss von Volker Siewke und Dieter

Kowalsky beschlossen. Beide haben durch diffamierende und zum Teil unwahre Behauptungen versucht, das Ansehen der GDL in der Öffentlichkeit zu beschädigen. „Wer die GDL über die Medien und das Internet diskreditiert und im soeben beendeten Tarifkonflikt mit der DB absichtlich geschwächt hat, und wer absichtlich und bewusst Zwietracht sät, der muss wissen, dass dies mit der Satzung der GDL nicht vereinbar ist“, so der stellvertretende GDL-Bundesvorsitzende Lutz Schreiber.

Sowohl Quitter als auch Schreiber machten deutlich, dass der nun vollzogene Ausschluss eine logische Folge der Handlungen dieser ehemaligen Amtsinhaber der GDL gewesen ist. „Deren Verdienste in der Vergangenheit sind zwar unbestritten, aber niemand hat das Recht, sich außerhalb unserer Satzung zu bewegen oder sein Ego auf Kosten unserer Solidargemeinschaft zu pflegen“ so Quitter. „Der Ausschluss ist die einzige Lösung, denn unsere Mitglieder haben ein Recht darauf, dass ihre Gewerkschaft alle Mitglieder gleich behandelt.“ (08/30/15)

## DPolG Bundespolizeigewerkschaft: Wann endlich wird die Bundespolizei unterstützt?

**(dbb) Bei seinem Besuch im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) am 27. August 2015 hat Bundesinnenminister Thomas de Maizière erneut angekündigt, kurzfristig mehrere Hundert neue Mitarbeiter zur Beschleunigung der Asylverfahren zu gewinnen. Er strebe eine Zahl von 600 bis 700 Mitarbeitern an. Ferner könne er sich auch Abordnungen vom Zoll und der Bundeswehr zum BAMF vorstellen, so der Minister.**

Eine Verstärkung des BAMF ist auch aus Sicht der DPolG Bundespolizeigewerkschaft nötig. Allerdings müssten nun auch Ankündigungen des Ministers, dass darüber hinaus dringend über die nochmalige Erhöhung der Stellen bei der Bundespolizei geredet werden müsse, Taten folgen, erklärte der Vorsitzende der Gewerkschaft, Ernst G. Walter. Bundespolizisten stehe das Wasser in den meisten Dienststellen

mindestens genauso bis zum Hals wie den überlasteten Mitarbeitern beim BAMF.

Er sehe jetzt erste positive Signale, so Walter. „Der Innenminister hat aktuell angekündigt, jetzt auch unkonventionelle Wege gehen zu wollen. Unsere Vorschläge zur Einstellung von 1.000 Tarifbeschäftigten, zur Rekrutierung von freiwilligen Pensionären und Rentnern sowie zur freiwilligen Dienstzeitverlängerung von

Kolleginnen und Kollegen, die sich noch fit genug dazu fühlen, sind drei wirksame Möglichkeiten, die kurzfristig die dringend benötigte Entlastung unserer Kolleginnen und Kollegen an der Südgrenze bringen würden“, so

Walter. Die notwendigen Entscheidungen dürften nicht auf die lange Bank geschoben werden.

(09/30/15)

## **BDF: Forstwirtschaft ist kein „Verweigerer“ in Sachen Naturschutz**

**(dbb) Der Bund Deutscher Forstleute (BDF) hat sich gegen den Vorwurf der „Verweigerungshaltung“ in Sachen Naturschutz, den der Naturschutzbund Deutschland (NABU) gegenüber deutschen Landwirten und Waldbesitzern erhoben hatte, zur Wehr gesetzt.**

Nur als Teil einer geschickten Marketingstrategie des NABU sei diese Ohrfeige für die deutschen Waldbesitzer zu erklären, hielt der BDF am 26. August 2015 dagegen. „Die Analysen international anerkannter Naturschutzinstitutionen sprechen eine andere Sprache: Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt DBU stellte Waldbesitzern und Forstleuten erst im September 2014 ein hervorragendes Zeugnis aus: ‚Aus Biodiversitätssicht sind insbesondere Flächen-sicherungsmaßnahmen für Nieder- und Hochmoore dringlich. Sie sollten aktuell Vorrang haben vor der Sicherung von Waldlebensräumen, da hier kein nennenswerter Rückgang der Biodiversität konstatiert wird‘“, hieß es. Auch im Bioindikatorenbericht 2014 der Bundesregierung erreichte der Wald die höchsten Zielerreichungsgrade in puncto Biodiversität.

„Sind diese Leistungen der Waldbesitzer für den Naturschutz – neben der Erzeugung des Rohstoffes Holz – Ausdruck einer ‚Verweigerungshaltung‘? Oder nicht vielmehr Beweis für eine verantwortungsvolle, nachhaltige Waldbewirtschaftung über Generationen? Würden sich sonst 70 Prozent der Waldbesitzer freiwillig einer neutralen Qualitätskontrolle durch unabhängige Zertifizierungssysteme unterziehen und damit transparent einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Wald nachweisen“, fragt der BDF in seiner Erklärung. Er forderte zugleich, der NABU müsse vor der eigenen Türe kehren, denn – was viele nicht wissen - der NABU, seine Landesverbände und ausgegründete NABU-Stiftungen aber auch andere Naturschutzverbände und –stiftungen sind mittlerweile große Waldbesitzer.

(10/30/15)

## ***Namen und Nachrichten***

(dbb) Das im sächsischen Heidenau zunächst für das Wochenende 29./30. August 2015 verfügte Versammlungsverbot war nach Auffassung der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) richtig. Die Ursache liege aber nicht bei der Polizei, sondern ausschließlich in dem von der Politik zu verantwortenden Personalabbau der vergangenen Jahre, erklärte der DPoIG-Bundesvorsitzende **Rainer Wendt** am 28. August. „Die Polizei kann nur mit dem Personalbestand aufwarten, den ihr die Politik zubilligt. Wenn zeitgleich Leib und Leben von Flüchtlingen in deren Unterkünften zu schützen sind, hat das eindeutig Vorrang vor dem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit.“ Den Eindruck zu erwecken, dass die Polizei nicht „Herr der Lage“ sei, und ihr damit die Schuld am „Polizeilichen Notstand“ zuzuweisen, lenke von der politischen Hilflosigkeit ab, so Wendt. Allein in Sachsen waren in den vergangenen

15 Jahren rund 1.600 Stellen bei der Polizei abgebaut worden.

Der Deutsche Philologenverband (DPHV) hat vor einem gravierenden Lehrermangel an deutschen Schulen gewarnt. Nach Verbands-schätzungen fehlen derzeit 30.000 Lehrkräfte an den Schulen, wie die „Bild“-Zeitung (Ausgabe vom 31. August 2015) berichtete. Betroffen seien neben Gymnasien auch Hauptschulen und Berufsschulen. Besonders groß sei der Lehrermangel in Fächern wie Mathe, Physik und Chemie, sagte der DPHV-Vorsitzende **Heinz-Peter Meidinger** der Zeitung. Der Mangel verschärfe sich derzeit vor allem in Ostdeutschland, wo viele Lehrer vor der Pensionierung stünden. In zahlreichen Bundesländern hat nach den Sommerferien die Schule bereits wieder begonnen.

In Zusammenhang mit dem 7. Besoldungs-Änderungsgesetz (7. BesÄndG) hat der Bundesvorsitzende des Verbandes der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB), **Wolfram Kamm** am 27. August 2015 ein Gespräch mit dem innenpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Burkhard Lischka, geführt. Kamm machte einmal mehr deutlich, dass den Soldatinnen und Soldaten die Verbesserungen, die sie auf Grund des Bundeswehr-Attraktivitätsgesetzes erreicht haben, nicht geneidet werden, es jedoch an der Zeit sei, wieder einmal die Beamtinnen und Beamten in den Fokus zu nehmen. Im Sinne einer funktionsorientierten Bundeswehr dürfe keine Statusgruppe bei den Maßnahmen unberücksichtigt bleiben. Das 7. BesÄndG biete nun die Möglichkeit, den Kolleginnen und Kollegen zu zeigen, dass auch ihre Sorgen und Nöte ernst genommen werden, so Kamm.

Angesichts der schon jetzt „auf Kante genähten Personaldecke“ und der extrem steigenden Kosten, die der anhaltende Flüchtlingszustrom in den öffentlichen Haushalten verursacht, muss sich der öffentliche Dienst nach Auffassung des dbb schleswig-holstein neu aufstellen. „Die Berichte der letzten Tage, Wochen und Monate zeigen, wie dringend die Schleuserkriminalität bekämpft werden muss. Hierfür wird

mehr und speziell ausgebildete Polizei benötigt“, sagte die dbb Landeschefin **Anke Schwitzer** am 2. September 2015 in Kiel. Auch müsse die Betreuung der Flüchtlinge – angefangen beim Medizincheck bis hin zur Integration in ein normales Leben in den Kommunen – nahtlos sichergestellt werden. „Das Ehrenamt stößt hier eindeutig an seine Grenzen und muss nun durch neues hauptamtliches Personal für diese Kernaufgaben des öffentlichen Dienstes entlastet werden.“

„Das Ergebnis ist absolut überzeugend und der schönste Lohn nach einer sehr harten Tarifauseinandersetzung.“, kommentierte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) **Claus Weselsky** das Resultat der zweiten Urabstimmung für den DB-Tarifabschluss. „Es zeigt, dass das Zugpersonal in hohem Maße solidarisch ist und geschlossen hinter der GDL und ihren tarifpolitischen Zielen steht. Klarer könnte das Mandat nicht sein“, sagte Weselsky am 1. September 2015. 94 Prozent der befragten GDL-Mitglieder hatten für den DB-Tarifabschluss votiert. Damit wurden die in der GDL-Arbeitskampfordnung geforderten 25 Prozent Zustimmung deutlich übertroffen. Die Rücklaufquote betrug 71 Prozent.  
(11/30/15)

### Termine zum Vormerken:

#### **10. dbb Medienkonferenz**

"Programmgestaltung und Finanzierung – Die Zukunft der Öffentlich-Rechtlichen"  
Berlin, 10. / 11. September 2015

#### **2. Seniorenpolitische Fachtagung**

„Pflegestärkungsgesetz II – Was lange währt, wird wirklich gut?“  
Berlin, 8. Oktober 2015